

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Lebensundbreitigster Jahrgang.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
einmaliger Zusendung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., enthält Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Im ausländischen Bezugspreis
unter Nr. 6816 eingetragenen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Veröffentlichung von 10^u bis 12^u Uhr.
[Druckpreis: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltenbreite oder beim
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen und allen
Kleinere-Expeditionen angenommen.
Bestanden die Zeile 70 Pfg.
Erhöhten inwieweit postfrei:
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 68. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 10. Februar 1903. 1903.

Sozialpolitische Anträge.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:
Die sozialpolitischen Debatten, welche sich in jedem Jahre
an den Tagen des Reichstages des Innern zu knüpfen
pflegen, nehmen diesmal einen besonders großen Umfang
an. Die Unterlage hierfür bieten die von den verschiedensten
Parteien eingebrachten Resolutionen. Herr Groeber vom
Zentrum verlangt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an
Verksvereine auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches.
Die Abgeordneten Hoevidt und Dr. Wagnitz
wünschen einen Segenwärt, durch welchen den in § 152
der Reichs-Gewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und
sonstigen zur Wahrnehmung von Berufszwecken gegründeten
Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke
der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderun-
gen der Gesetzgebung zu richten. Herr v. Seyl will
das Schulalter für jugendliche Arbeiter von 16 auf 18
Jahre hinaufsetzen und die tägliche Beschäftigung von Ar-
beitern unter 18 Jahre auf die Dauer von 10 Stunden
beschränken. Außerdem erneuert derselbe seinen bereits
früher eingebrachten Antrag, demzufolge Arbeiterinnen und
jugendlichen Arbeiter Arbeit nicht nach Hause mitgegeben
werden soll. Die Sozialdemokratie endlich wünscht eine Un-
terstützung der Jugend der Gewerbebeschäftigten und eine
Alltags- und Nachmittags- von vorläufig zehn Stunden, die
aber innerhalb gesetzlich zu bestimmender Zeiten auf acht
Stunden zu verkürzen wäre.

Die wichtigsten unter diesen Anregungen sind die auf
eine Verbesserung des Koalitionsrechts gerichteten.
Freie Wahn für die Selbsthilfe in Berufsvereinen zu
schaffen, ist eine Aufgabe, die an Bedeutung viele Einzel-
vorhaben des Arbeitervereins übertrifft. Das gleiche Recht
muss sich stützen auf die gleiche Macht, und diese ist für die
Arbeiter nur in einer starken Berufsorganisation gegeben.
Aber gerade hier verliert die offizielle Sozialpolitik. Was
Deutschland in der Sozialversicherung schief ist für das
Ausland vielfach ein Vorbild geworden; auch im Arbeiter-
recht rückt wir vor. Sinnlich die Koalitionsrechte
sehen wir aber hinter anderen Staaten noch zurück. Das
Sozialistengesetz ist tot und die Industrievorlage begraben,
jedoch der Geist, aus welchem beide erwachsen, lebt in Amts-
räthen und Arbeitern fort. Die auf dem Boden der
Gleichberechtigung ruhenden Rechte haben deshalb einen
Antrieb, ihre auf das Koalitionsrecht bezüglichen Forderungen
zu erneuern, um ihnen endlich Geltung zu verschaffen.
Unternehmer, die ihr Interesse verfolgen, werden diesem
Vorhaben keinen Widerstand entgegenzusetzen, da sie sich
immer mehr überzeugen, dass derartige Berufsorganisationen
eine tragfähige Grundlage und für Arbeitsverträge,
Ernährungsämter und Streitvermittlungen bieten. Mächtigen
der Willigkeit erfordern es, namentlich den immer mächtiger
anwachsenden, durch den Posttarif noch besonders begünstigten
Kartellen ein Gegengewicht zu bieten, welches geeignet ist,
einen Abbruch der Macht zu verhindern. Die Entwick-
lung, die mit dem sozialen Absolutismus begann, muss und
wird mit dem sozialen Konstitutionalismus enden.

Unter den höchsten Anträgen nimmt der von Maximal-
arbeitszeit für Frauen n betreffende die erste Stelle
ein. Bereits vor einiger Zeit ist eine ähnliche Kundfrage
an die Handelskammern und andere Interessentengruppen
ergangen, die den Zweck verfolgte, die Ansicht der Unter-
nehmkreise über diese Angelegenheit zu ermitteln. Die
meisten der fragten Korporationen haben sich daraufhin
ablehnend geäußert. Eine besonders nachdrücklichen Wider-
stand leistete der Centralverband deutscher Industrieller.
Im Reichstage dagegen fiel die Anregung auf einen
größeren Widerstand. Man erkennt an, dass in Betrieben, in
welchen Frauen und Männer nebeneinander arbeiten, eine
Herabsetzung der Arbeitszeit für letztere eine entsprechende
Verlängerung für die letzteren nach sich zieht. Im allgemeinen
aber tritt schon seit langem die Tendenz auf Verknüpfung der
täglichen Arbeitszeit auch ohne staatliche Eingriffe hervor
und hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit für einen Ver-
hältnismäßig großen Teil von Fabriken bereits auf zehn
Stunden ermäßigt. Wenn hier infolge einer gesetzlichen
Maßregel, bei welcher überdies noch eine Uebergangszeit
vorgesehen wird, eine gewisse Verschärfung dieses Ent-
wicklungsprozesses eintritt, so ist davon schwerlich die
Schädigung für die Arbeiter, welche derartige Gemüter heute
verursachen. Die Skandinavien, die noch immer aus-
geschlossen wurden, wenn eine neue Arbeitszeitmaßregel ge-
troffen werden sollte, haben sich bisher stets als übertriebene
gegärt. Deutschlands wirtschaftliche Stellung ist heute
schwerer als je zuvor. Unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem
Weltmarkt könnte höchstens durch handelspolitische Maßnahmen,
nicht aber durch Maßregeln leiden, welche bestimmt sind und
geeignet sind, das geistig-sittliche Niveau der deutschen
Arbeitskraft zu heben. Bedenklich erhebt dagegen der
Vorschlag, der darauf hinausläuft, die Mitglieder der
Arbeit zu verbieten. Hier würde, von allen anderen
abgesehen, die Möglichkeit einer durchgreifenden Kontrolle
fehlen. Ein derartiges Verbot fordert zur Ueberleitung
Gedanken heraus.

Die Fabrikantpflicht, wie sie jetzt gibt wird, hat sich
im allgemeinen bewährt. Störend wirkt nur die Ver-
schiedenheit der Reglemente, die von den Einzelstaaten er-
lassen sind und mitunter recht wesentliche Abweichungen in
der Praxis der Inspektoren verursachen. Da die soziale
Gesetzgebung Sache des Reiches ist, gebührt dieser auch die
Aufsicht, die Durchführung der Gesetze zu überwachen.
Woll man die Anstellung der Beamten den Bundesstaaten

durchaus überlassen, so könnten doch wenigstens einheitliche
Inspektionsfunktionen von Reichs wegen erstellt und so eine Gleich-
mäßigkeit des Aufwandes bewirkt werden.

Den acht und neun Tag nach sozialdemokratischem Vor-
schlag einzuführen, verbietet sich noch mehr aus praktischen
als aus rechtlichen Gründen. Die allgemeine Herab-
setzung der Arbeitszeit auf diese Maß rief — mag sie nun
möglich oder unmöglich vor sich gehen — in vielen Be-
trieben, in denen eine entsprechende Mehrleistung nicht zu
erwarten ist, eine Lokalisierung hervor, welche die Arbeiter
empfindlich trafe. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, die
unserm Lande so sehr wirtschaftlichen Niederganges leidet,
müsste sich die Mindernehmung besonders sichtbar machen.
Zunächst überwiegen die Forderungen, wie es der Achtundneun
ist, leistet man den Arbeitern einen solchen Dienst.

Während nach dem Willen des Herrn von Veltrop die
Sozialpolitik zu finden schien, und Graf Posadowsky mit
seinem im Jahre 1897 abgegebenen Erklärungen den Beifall
der Sozialdemokratie erzielte, ist in den letzten Jahren
mehrerorts Fortschritt erzielt und ein scheinbar sich erhellender
sozialpolitischer Kleinkrieg geleistet worden. Die Lagen,
welche daraus erwachsen, hat das Unternehmertum in seiner
Mehrheit willig auf sich genommen und verdient deshalb
den Tadel nicht, der es noch kürzlich traf. Eine Minder-
heit allerdings widerspricht noch heute. Mehr und mehr
bricht sich die Erkenntnis Bahn, welche Ausfluss in die
Worte sagt: „Der Staat ist der stärkste, der die meisten
belligsten, dreißigjährigen und hochgenutzten Menschen hat.“

Deutsches Reich.

Solz- und Personalnachrichten.

* Was Genf wird dem Wiener „Freundenblatt“ telegraphisch:
Der Prinzessin Julie sind zwei Briefe in geringem
Umfange aus dem Reich. Der eine ist ein Brief, der
möglichst Bericht über ihre Kinder aufnehmen zu lassen. Nach
Empfang einer neuen abfälligen Bescheid aus Dresden wurde
die Prinzessin gehen von einem Wintercamp zu befallen. Sie
erklärt ferner, für ihre Person nicht mehr länger
hülflos zu sein können. — Weiter werden die Töchter, Anneli
„aus Genf“, doch die Prinzessin Julie in ihren Bewegungen
in der Anstalt absolut frei ist. Sie kann Ausflüge machen
und nach Genf kommen, wenn sie will; nur wurde vereinbart,
dass sie im Falle längerer Abwesenheit den Abdosalen
Vordienst davon unterrichtet. Diese besondere Betonung
der absoluten Freiheit der Prinzessin mutet doch etwas sonder-
bar an.

Der dienstlose Reichstag.

Am Reichstag ist in den letzten Tagen bei den Verhandlungen
über den Etat des Reichsfinanzrechts fast allseitig anerkannt worden,
dass die Einführung von Dänen oder Anwesenheitsgehörden schon
allein mit Rücksicht auf die ordnungsmäßige Fort-
führung der Reichstagsgeschäfte erforderlich ist. Auch
Reichsfinanzler Graf Wilsow hat zugestimmt, dass Zweckmäßigkeit
genügend für die Gewährung von Dänen sprechen. Was Herr
Bismarck gegen diese Vorlegung angeführt hat, war eine Wieder-
holung der Vorreden, die kürzlich bei der Ausschussarbeit gegen
die Dänegewährung geltend gemacht hat, die aber durch die
Erfahrungen von drei Jahrzehnten als hinsichtlich nachgewiesen
werden sind.

Wie sehr der Dänemangel und die dadurch hervorgerufene
ständige Reichstagsunfähigkeit des Hauses den Fortgang
der Verhandlungen beeinträchtigt, haben die letzten Tage wieder
gezeigt. Es war nicht möglich, durch einen Schlussantrag die
Debatte über Titel I des Staatshaushalts zu beenden, obwohl die
Mehrheitsparteien schon längst Schluss machen wollten; es
mussten alle Dänen, die sich meldeten, zum Worte gelassen
werden, andernfalls hätte sich bei einem Schlussantrag sogleich
die Beschäftigungslosigkeit des Hauses herausgestellt. So deutete
diesmal die Debatte über den Etat des Reichsfinanzers, die sonst
in der Regel nur ein bis zwei Sitzungen in Anspruch nahm, vier
Tage. Nicht anders wird es beim Etat des Reichsämtes des
Innern sein, in dessen Beratung das Haus sehr eingetreten ist.
Auch bei diesem Etat können alle möglichen Fragen, die nur
irgendwie mit der inneren Politik zusammenhängen, zur Sprache
gebracht werden, und von dieser Sequenz wird angeführt der
bevorstehenden Wahlen, die diesmal erst recht möglichkeit gewährt
genutzt werden. Ein beschlussfähiger Reichstag arbeitet sehr
langsam und schwach. Bei den Verhandlungen ist man auf
den guten Willen jeder einzelnen Fraktion, in vielfach sogar
eines einzelnen Abgeordneten angewiesen. Man wird daher
Nicht haben, bis Eiern auch nur den Fort zurückstellen.

Dabei hat die Präsenz des Reichstages zunächst eine sehr
erhellende Stütze an der gleichzeitigen Tagung des preussischen
Landtages. Bekanntlich sind unter den 433 Mitgliedern des
Abgeordnetenhauses 115 zugleich Mitglieder des Reichstages.
Dazu kommen noch 15 Reichstagsabgeordnete, die dem Herren-
haus angehören. Die große Zahl der Doppelmandatäre kann
aber, auch vom preussischen Standpunkte aus betrachtet, als
willkommene Erleichterung nicht angesehen werden. Die Ab-
geordneten, die es ernst nehmen mit ihren parlamentarischen
Pflichten, werden überanstrengt und müssen zwischen der Reichs-
tagarbeit und dem Landtag hin und her pendeln. Noch
schwerer gestaltet sich das Zusammenhören durch die Kom-
missionen. Die Kommissionen des Reichstages setzen
von 10 bis 12 Uhr vermittlungsweise in einer Zeit, wo das Ab-
geordnetenhause Reichstagsarbeiten abhält. Die Kommissionen
beratenden der Abgeordnetenhäuser finden in der Regel am
Vorbereitungsabend statt. Gerade die Doppelmandatäre stellen für die
Kommissionen die meisten Arbeitskräfte bilden und drücken,
schon weil sie dienstlos sind, in Berlin anwesend sind.
Die außerpreussischen Staaten werden in durch den
Dänemangel noch besonders benachteiligt. Sie haben keine

Doppelmandatäre, denen die Anwesenheitskosten in Berlin schon
durch die Eigenschaft als Mitglieder des preussischen Ab-
geordnetenhauses gedeckt werden. Je weiter entfernt der Wohn-
ort des Abgeordneten von Berlin ist, desto größer persönliche
Opfer legt der Aufenthalt in Berlin obneben den Abgeordneten
auf. Die Vertretung süddeutscher Wahlkreise leidet daher ganz
besonders unter dem Dänemangel. Man spricht vom bayerischen
Landturn in Reichstag. Darunter versteht man die Maß-
nehmung, dass die Abgeordneten, namentlich die Zentrum-
abgeordneten aus dem Süden von Bayern, nur selten im
Reichstag erscheinen. Wenn sie sich einmal zeigen, kommen sie
auf dringende Aufforderung des Reichstagspräsidenten über Nacht,
stimmten nach Vorbericht ohne nähere Kenntnis der Verhand-
lung, um ihr Mandat abzugeben, die Verhandlungen abzugeben, und sind
dann über Nacht etwas rasch wieder verschwinden wie sie ge-
kommen sind.

Man sollte meinen, dass allein schon diese Schwierigkeiten,
die infolge des Dänemangels sich für die ordnungsmäßige
Fortführung der Reichstagsgeschäfte ergeben, die Regierung veran-
lassen sollten, der Gewährung von Anwesenheitsgehörden zu-
zustimmen. Graf Wilsow hat erklärt, „zur Zeit“ könne er
die Zustimmung der verbundenen Regierungen noch nicht in Aussicht
stellen. Danach scheint es, als wenn das Gewicht der Gründe,
die für die Dänegewährung sprechen, auch von den verbundenen
Regierungen gewürdigt wird. Ist das der Fall, dann aber muss
sich ein Entschluß gefasst werden, damit der Wunsch der
Reichstagsmitglieder für die bevorstehenden Wahlen drumpf nicht
genommen werden kann, ob eine Entschädigung für den Aufenthalt
in Berlin gewährt wird oder nicht.

Liberalen und ultramontanen Weltanschauung.

Unter obigem Titel hat der Generalsekretär der national-
liberalen Partei für die Rheinprovinz, Dr. W. Johanneß, eine
sehr beachtenswerte Broschüre erdienen lassen, die um so mehr
Anspruch auf Aufmerksamkeit erheben darf, als das sittliche Zurück-
weichen des Staates vor den Wünschen des Zentrums und das
bereits erwähnte Eingehen auf dessen Forderungen der vom Autor
charakterisierten ultramontanen Weltanschauung leider mehr und
mehr Boden in Deutschland zu verschaffen droht. Nach einigen
wichtigen Worten gelangt das Streben unserer Zeit, in denen
es u. a. heißt:

„Wenn das Denken die schönste Seite eines Menschen ist,
dann kann er noch innerer hoffen, durch „gute“ Meinung
wenigstens sich auszugleichen. Das trifft heute besonders in
geringen Kreisen zu. Was hier an „Gefinnung“ praktiziert
wird, kommt im alten Byzanz kaum überboten werden. Jedes
Streben ist würdevoll; das gelehrte aber ist einfach
rechtlich, weil es nicht bloß die persönliche Ehre schützt, sondern
auch die Ehre der Wissenschaft. Dieses hohe Streben aber
alt, wird es in der Zeit unmöglich sein, an die Selbstlosigkeit
des christlichen Ordens überhaupt. Solange man auf Grund
von der entsprechenden geistlichen Weibde abgeleiteten
und beglaubigten Meinung Köhnen, Kotten, Titel, Würden
und sogar Professorenstellen erhalten kann, oder vielmehr,
solange das Geiz der Wissenschaft. Dieses hohe Streben gegenüber
alt, wird es in der Zeit unmöglich sein, an die Selbstlosigkeit
gewisser kulturpolitischer Ideale zu glauben.“

gelangt der Verfasser zu folgender Definition:
„Der Grundunterschied zwischen der liberalen und ultra-
montanen Weltanschauung besteht darin, dass jene optimistisch,
diese pessimistisch ist. Der Glaube an die Fortentwicklung der
Menschheit zum Guten begegnet auf ultramontaner Seite
einem unbefriedigenden Widerstand gegen die im Menschengeiste
bestehende Kraft, von denen sie ausmacht, dass sie im Grunde
und Sinne des Schlechten und Bösen tätig sind. So strebt
man aber auf liberaler Seite im Glauben an die Men-
schheit Freiheit des Denkens und Fortschens, während
die ultramontanen Machtbar sie gen mit allen erreichbaren
Mitteln geistlicher und weltlicher Polizei auf ein möglichst ge-
ringes Mindestmaß einzuschränken tendieren.“

Um so gefährlicher wird aber die ultramontane Weltanschauung,
als die Ultramontanen sich eine besorgte Aufmerksamkeit
auf Erwerbung und Behauptung eines öffentlichen Einflusses
auf allen politischen, sozialen und wissenschaftlichen Gebieten
setzt, da er sich äußerlich als liberal und Freund der Freiheit
anzupreisen weiß. Dies geschieht aber unter der Fiktion, von
Louis Veuillot so treffend formulierten Voraussetzung: Wir ver-
langen von euch die Freiheit nach euren Grundsätzen, so lange
wir in der Widerheit sind, wie sie euch nach unseren Grund-
sätzen zu verweigern, sobald wir die Macht und die Mehrheit
haben.“

Politische.

* Das Präfektariat beim Reichstag, in vielfach sogar
im Reichstag zu Berlin ist verboten. Die geborene Stimmung
der Landwirte ist unruhig. Der Wunsch der Landwirte
zum Gehör der Kopf gegenwärtig. Die „Deutsche Tageszeitung“
brachte einen Artikel, der die beziehungsweise Lebenskraft trägt:
Noch ein Schritt durchs Licht. Das Wort meint,
Wilsows vorgebrachten Argumente beweisen nur die große
Schwäche seiner Position. Gegen sein Wort vom Lu-
bandant wird angekämpft, ebenso gegen seine Neigungen; das es
an der Zeit sei, mit dem System immer wiederholter Kritik zu
brechen. Denn heißt es weiter:

„Man hat endlich Graf Wilsow etwas sehr Kluges zugehen
haben glauben, wenn er einen gewissen Grad der Freiheit zu
den einrichtlichen umstritten. Der Bund der Landwirte
nicht ihm die recht in recht unrichtliche Stigmatisierung
nicht über, weil er sie beim besten Willen nicht traglich
nehmen kann. Wenn der Herr Reichsfinanzler in der Lage
wäre, die Mitglieder des Reichstages zu wählen, oder wenn
er einmal die Namen der Mitglieder des Vorstandes, des
Landes und der Wahlkreisbestimmenden sich annehmen wollte,
würde er selbst erkennen, wie wenig klug und wenig sach-
gemäß diese Stigmatisierung war. Wir halten es aber für
überflüssig, den Bund der Landwirte dagegen besonders zu

Friedmann & Weinstock,

Leipzigerstraße 12.

Wir empfehlen uns zur Erledigung aller bankgeschäftlichen Maßnahmen, wie
Eröffnung von Conto-Correnten u. provisionfreien Gek.-Rechnungen,
An- und Verkauf von Effekten, Zedlen, ausländischem Papieregeld,
Gold und Silber,
Rechnung von Effekten,
Einlösung von Coupons, verlosenen und gefälschten Effekten,
Ueberrahme von Waargeldern auf fällige und fälliger Kündigung,
Discontierung, Einzug und Anweisung von Wechseln und Checks auf
das In- und Ausland,
Anstellung von Creditbüchern,

sowie zur:

Aufbewahrung von geschlossenen Depôts,
Entgegennahme von Wertpapieren zur Verwahrung
als Sondereigentum unter gesetzlicher Haftung und
Verwaltung als offene Depôts,
Vermiethung von eisernen Schrankfächern, sog. Safes,
in neuerer nach der neuesten Erfindung der modernen Technik
absolut feuer- und einbruchsicher hergestellten Feuers.

Leipzigerstraße 12,

Friedmann & Weinstock.

Julius Becker,

Martinsberg 9. Bankgeschäft, Fernspr. 453,

empfiehlt sich

zur Ausführung aller zum Bankfach
gehörigen Geschäfte,

besonders zum

An- u. Verkauf von Wertpapieren.

Sächsische Rentenversicherungsanstalt

zu Dresden. — Gegründet 1841.

Versicherung von sofort beginnenden
und aufgeschobenen Renten.

Besonders vorteilhaft für Kinder und jüngere Leute.
Kleine Einlagen erwirken für spätere hohe Renten.
Lebenslange
Sicherheit und beste Altersversorgung.

Einlagen für das am 1. Februar beginnende 62. Sammeljahr nimmt
entgegen die Gesellschaften Sächse.

Carl Hoffmann, Hermannstraße 3.

Königl. Preuss. Lotterie.

Zur am 13. d. beginnenden Ziehung 2. Kl. haben wir
Lose abzugeben: 1/2 96 Mk., 1/2 48 Mk.,
1/2 24 Mk.

Die Königlich Preuss. Lotteriegewinner:

Burchard, Frankel, Herrmann, Lehmann.

Ziehung 4. März u. folgende Tage zu Köln a. Rh.

Siebengebirgs-Lose: 1 Ganzes 4 M.
1 Halbes 2 M.
12000 Belgewinne ohne Abzug. Hauptgewinne:
100,000 M. 60,000 M.
40,000 M. 20,000 M.
etc. — Ferner Ziehung 24. und 25. März der beliebigen
Berliner Lose à 1 M. 11 Lose je 4 M. Porto und
Lose 20 S. W. G. Hauptgewinne
10000, 6000, 5000
4000, 3000, 2000 M.
u. s. w. in Baar mit 70%
Für nur 3 M. 1/2 Siebengebirgs- und
1 Berliner Loos
Porto und 2 Listen 30 Pf. extra. Versandt durch General-Debit
Lud. Müller & Co., Berlin C.
Breltestr. 5.
Telegr.-Adresse: Glücksmüller.

Königstädtische Vorschule für Knaben.

Gasse, Königsstraße 51.
Vorleserin: Luise Staabs.

Eine Umwälzung in der Petroleum-Beleuchtung

bewirkt der

Stobwasser Petroleum-Glühlicht-Brenner

(patentiert in allen Kulturstaaten),
welcher im Gegensatz zu allen bisher bekannten Petroleum-Glühlicht-Brennern
nicht nachzieht, wodurch das Russen und Blaken
gänzlich verhindert wird.

Der Stobwasser Petroleum-Glühlicht-Brenner giebt eine brillante
Beleuchtung, die Leuchtkraft beträgt ca. 80 Kerzen.

Ein Liter jeglichen Petroleums reicht ca. 13 Stunden.
Der Stobwasser-Brenner, welcher heller und billiger als Gasglühlicht
brennt, ist ohne weiteres auf jede vorhandene Petroleumlampe mit 1 1/2 oder grösserem
Gewinde aufzusetzen, bedarf während des Brennens keiner Benutzungsanweisung
und kann von Jedermann leicht bedient werden.

Preis per kompl. Brenner inkl. Strumpf und Cylinder Mk. 10.—
Zahlreiche Anerkennungs-schreiben aus allen Kreisen.

Akt.-Ges. vorm. C. H. Stobwasser & Co.

Berlin SO., Reichenbergerstrasse 156.


Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt!

Freude und Gewinn

bieten jedermann die
Neuen verbesserten Mischungen in
Kaffee und Thee
gebildet von 70 Pfg. bis 2 M. offen und in Packungen von
das Pfd. M. 1,50 bis M. 5 das Pfd.


von **Kaiser's Kaffee-Geschäft**
Größtes Kaffee-Import-Geschäft Deutschlands
im direkten Verkehr mit den Consumten
Verkaufsstellen:

Schmeerstr. 14 Halle Leipzigerstr. 11
Steinweg 24 Gr. Ulrichstr. 40
Ludwig Wuchererstr. 59.



P. P.

Einem geehrten Publikum von Halle
und Umgegend die ergebene Mit-
teilung, daß von Sonnabend, den
14. d. M. ab, mein
**erster diesjähriger
grosser Transport**
von zirka



150 Stück nur allererster Klasse Reit- und Wagenpferde

aus den hervorragenden Gestüthen Ungarns bei mir zum Verkauf stehen.
Darunter 50 Stück fertig gerittene Reitpferde,
auch Vollblüter mit Reuleistung.
Die Pferde sind von mir sorgfältig ausgesucht, so daß ich meinen werten
Käufern nur das beste Material zur gefl. Musterung bereit halte.
Sämtliche Reitpferde sind militärfrumm geritten, und die Wagen-
pferde gut eingefahren.

J. Rosenfeld, Pferdehandlung,
Telephon 1560. Leipzig, Aeltere Halle'sche Straße 2c.

H. Töchtertschule u. Pensionat Seeberg-Cachin.
vorm. Em. Grosse, Altenburg, S.-A. Beste Ref. Günstigste
Mittlere Preise. Gelegenheit Hausloos zu erwerben.

Echt engl. Porter und Ale,
von Parclay-Perkins und Bass & Co., London,
bei Entnahme von 12 Flaschen 35 Pfg. excl.
Vorzügliche Bowlenweine:
Königsrosel 50 Pfg., Zeltlinger 60 Pfg.
Frankfurter Apfelwein 35 Pfg., Saucerronne 10 Pf. excl.
Apfelbrännchen, alkoholfrei, 55 Pfg.
empfehlen

Sprengel & Rink,
Inhaber: Franz Sprengels Erben und Oskar Klose.
Prompter Versand auch nach auswärts.

Von heute ab steht wieder
ein sehr großer Transport
der allerbesten hochverkauften und
neumilchenden Kühe m. Kälbern,
sowie prima Zuchtbullen
preiswert bei mir zum Verkauf.
S. Pfisterling,
Halle a. S., Brandestraße 17. Fernspr. 288.

Friedrich Peilekes Möbel-Magazin

Neu und gebraucht
bietet stets Gelegenheitsauf jeder
Art in bester Ausführung bis zu allen Sorten
Möbeln, als in: Stühle, Tische,
Sofas, Bänke, Schränke, Betten,
Sofas und Divans, Pianos, Tischdecken,
Teppiche, Gardinen und
Sofa-Bezüge u. v. m.
Friedrich Peileke,
Geißstraße 25.

Laden-
Kontroll-
Kassen
von 34 Mark an.
Prospekte gratis.
Ueber 8000 im
Gebrauch.
Herrn Kiehl
Burgstr. 60.
Fabrik f. Turm-
uhren und Kon-
trollapparate,
Papier in versch. Breiten.
Mit 2 Belüftern.

Pianos

Größtes Lager der Provinz!
Zehnjährige Garantie!

Harmoniums

Nur anerkannt gediegenes Fabrikat
zu mäßigen Preisen.

Flügel

Gebrauchte Instrumente, unter voller Garantie, stets am Lager.

**C. Rich. Ritter, Grossh. Sächs. Hof-
Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.**

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Dr. H. König in Halle.

Halle, Druck und Verlag von Otto Henkel.